

## ÜBERSICHT

AUSSENPOLITIK

## SOWJETUNION UND OSTEUROPA

(1) **Endgültiger Bruch mit Albanien**

Am 7. Juli 1978 sandte das chinesische Außenministerium an die albanische Botschaft in Peking eine Note, in der die chinesische Hilfe an Albanien und die Rückrufung der chinesischen Spezialisten bekanntgegeben und begründet wurde (s. Dokument in diesem Heft). Albanien habe seit 1954 "entsprechend den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus" wirtschaftliche und militärische Hilfe von China erhalten, und zwar in Höhe von 10 Mrd. Yuan RMB, von denen der überwiegende Teil bereits übergeben worden sei. China habe sich bereit erklärt, Albanien bei der Errichtung von insgesamt 142 Projekten zu helfen. 91 davon sind inzwischen fertiggestellt und 23 im großen und ganzen fertig oder noch im Bau. Für 17 weitere ist die Vorbereitungsarbeit abgeschlossen. China habe Albanien auch eine große Menge von Waffen- und Rüstungsgütern unentgeltlich geliefert. Nahezu 6000 Fachleute seien nach Albanien entsandt worden, um dort entweder beim Aufbau zu helfen oder albanische Fachkräfte auf wirtschaftlichem oder militärischem Gebiete auszubilden. Über 2000 Albanier hätten in der VR China eine Ausbildung erhalten. Wörtlich: "China gab Albanien Hilfe, obwohl es selbst mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte. Uns mangelte es an Getreide. Trotzdem haben wir Euch 1,8 Mio. t Getreide geliefert. Wir waren knapp an Stahl. Dennoch haben wir Euch über 1 Mio. t Walzstahl geliefert. Bei uns ist der Mechanisierungsgrad in der Landwirtschaft noch niedrig. Trotzdem haben wir Euch über 10.000 Traktoren gegeben. Unsere Stromerzeugung ist ungenügend, aber wir haben Euch sechs große und kleine Kraftwerke mit einer Stromerzeugungskapazität von insgesamt 885.000 kW gebaut. Die von uns produzierten Panzer und Jäger wurden, bevor unsere eigenen Truppen damit ausgerüstet wurden, Euren Truppen bevorzugt zur Verfügung gestellt. Die kompletten Anlagen für die Fieri-Stickstoffdünglerfabrik konnten wir damals nicht selbst herstellen; deshalb kauften wir sie mit den auch bei uns knappen Devisen und reexportierten die Anlagen an Euch. Außerdem haben wir mehr als zehn Jahre lang für Euch experimentiert und versuchsweise produziert und dabei mehr als 100 Mio. Yuan RMB ausgegeben. Albanien produziert aufgrund dessen zum ersten Mal selbst Eisen und Stahl." (PRu 1978, Nr.29, S.21 ff)

Trotz dieser großzügigen Hilfe habe Albanien die chinesische Politik "seit einigen Jahren immer wieder versteckt", inzwischen aber offen angegriffen. Außerdem seien die chinesischen Entwicklungshelfer dauernd zu schnellerem Vorgehen gedrängt worden. Seien sie dem Drängen nicht sofort nachgekommen, habe man ihnen Verschleppungstaktik vorgeworfen. Chine-

sische Vorschläge zur Schadensverhütung und zur besseren Ausnutzung der Maschinen seien durchwegs ignoriert worden. Zusammenfassend: "Planmäßig und schrittweise sabotierte die albanische Seite die wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern. Eine Fortsetzung der Hilfe wurde somit unmöglich und der Weg zur Lösung der Probleme durch Konsultationen ist von Euch versperrt worden. Unter diesen Umständen bleibt der chinesischen Regierung keine andere Wahl, als die wirtschaftliche und militärische Hilfe für Albanien einzustellen, die Zahlung von Darlehen für Albanien zu stoppen und die in Albanien arbeitenden Wirtschafts- und Militärspezialisten zurückzurufen. Trotzdem wünscht die chinesische Regierung nach wie vor die Beibehaltung einer Entwicklung normaler Beziehungen zwischen China und Albanien."

## NORDAMERIKA

(2) **Schlesinger wieder nach China**

Der ehemalige amerikanische Verteidigungsminister James Schlesinger, der in seiner Amtszeit unter Präsident Ford schon einmal die Volksrepublik China besucht hatte (nach seiner Visite wies er auf den schlechten Rüstungsstand der chinesischen Armee hin), wird in diesem Jahr ein zweites Mal in die Volksrepublik reisen. Schlesinger, im Kabinett Carter Energieminister, folgt einer Einladung der chinesischen Regierung. Wie es heißt soll er im Namen des Präsidenten noch einmal die gesamte amerikanische Außenpolitik darlegen. Darüber hinaus wird er auch über amerikanische Hilfe bei der Förderung von Öl vor der Küste Chinas verhandeln. In diesem Zusammenhang ist interessant zu erwähnen, daß Carter wegen der Dissidentenprozesse in der Sowjetunion die Lieferung von Computern und Geräten zur Ölförderung nach Moskau untersagt hat. Es ist nicht auszuschließen, daß der als Falke geltende Schlesinger an dieser Entscheidung maßgeblich beteiligt ist. Sein Besuch in die Volksrepublik wird von der Sowjetunion sicherlich mit Argusaugen verfolgt werden. Neben Schlesinger gehört auch der amerikanische Sicherheitsberater Brzezinski zu den Hardlinern der amerikanischen Regierung. Brzezinski wurde jüngst von der Prawda als Gesinnungsgenosse der chinesischen Führung attackiert. (Die Welt, 25.7.78; Süddeutsche Zeitung, 27.7.78)

(3) **Kauft China Satellitendaten?**

Nach einer Meldung der International Herald Tribune vom 22. Juli sollen die Chinesen hinter einer Order stecken, die an ein amerikanisches geologisches

Überwachungsinstitut ergangen ist. Danach sollen in Hongkong ansässige Chinesen für 105.000 \$ nichtmilitärische Informationen aufgekauft haben, die amerikanische Satelliten über der Sowjetunion gespeichert haben. Die Amerikaner haben mit ihren beiden Landsat-Satelliten, die in ca. 800 km Höhe die Erde umkreisen, die Möglichkeit, jeden Punkt der Erde zu beobachten. Von offizieller amerikanischer Seite wurde diese Meldung weder dementiert noch bestätigt.

#### (4) Chinesische Künstler in der Metropolitan

Vor 4.000 Besuchern in der New Yorker Metropolitan Oper feierten die Mitglieder der chinesischen Gesellschaft der darstellenden Künste eine begeisterte Premiere. Die chinesischen Künstler führten ihr ganzes Repertoire vor, das von der klassischen über die moderne Oper bis hin zum Folkloretanz und Schattenboxen reichte. Nach einem Hsinhua-Bericht vom 5. Juli sei die Vorstellung bei der New Yorker Bevölkerung großartig angekommen. Unter den Gästen befanden sich auf amerikanischer Seite Mitglieder des Nationalen Komitees für die Beziehungen zwischen USA und China. Das chinesische Schauspiel kann als ein weiterer Schritt im Rahmen der Volksdiplomatie gesehen werden, die zu einer Verbesserung der sino-amerikanischen Beziehungen beitragen soll. Die Künstlergruppe wurde gegen Ende ihres Aufenthaltes auch vom amerikanischen Präsidenten Carter im Weißen Haus empfangen. Dabei sagte Carter:

"Es ist ein großes Vergnügen, als Präsident die besten Künstler aus China begrüßen zu dürfen. Sie repräsentieren eine große Nation... Wir sind sehr froh, die Gelegenheit gehabt zu haben, mehr über Sie und Ihr Volk zu lernen. Wir glauben, daß durch Ihre Aufführungen ein weiterer Schritt auf dem Wege zu einer vollen Normalisierung unserer Beziehungen getan wurde."

### LATEINAMERIKA

#### (5) Attacken gegen Kuba - Keng P'iao in der Karibik

Von heftigen Attacken gegen Kuba, das von der Volkszeitung am 21. Juli als Anhängsel der Sowjetunion bezeichnet wurde, war der Besuch des Stellvertretenden Premierministers und Direktors der Abteilung für auswärtige Angelegenheiten im ZK der KPCh Keng P'iao in der Karibik begleitet. Keng P'iao hielt sich in Trinidad-Tobago, Jamaika und Guayana auf. Anschließend begann er einen Besuch auf der Mittelmeerinsel Malta, zu der China schon seit langem gute Beziehungen hat. Keng P'iao setzte mit seinem Besuch die außenpolitische Offensive Peking gegenüber den blockfreien Staaten der Dritten Welt fort. Die Verschlechterung der kubanisch-chinesischen Beziehungen ist ferner an der vorzeitigen Abreise der chinesischen Delegation zu den 11. Kommunistischen Weltjugendfestspielen in Havana abzulesen. Die Delegation war abgereist, nachdem Castro Peking auf einer Kundgebung zum 25. Jahrestag der kubanischen Revolution reaktionäres Verhalten und einen Verrat

der fortschrittlichen Kräfte vorgeworfen sowie China zum Komplizen der Militärregierungen in Lateinamerika gestempelt hatte. Mit dem Besuch Keng P'iaos in den Karibikstaaten hat China deutlich gemacht, daß es keineswegs gewillt ist, der Sowjetunion in diesem Teil der Welt allein das Feld zu überlassen. Vielmehr tritt es mit Moskau, das diese Staaten wirtschaftlich unterstützt, in unmittelbare Konkurrenz. Die ersten Annäherungsversuche Chinas zu den Karibikstaaten hatte es 1974 durch Vertreter der Nachrichtenagentur Hsinhua gegeben, heute hat die Volksrepublik mit allen vier Staaten diplomatische Beziehungen. Seit dem vergangenen Jahr entwickelt sich auch ein nennenswerter Handelsaustausch. Die Ministerpräsidenten von Jamaika, Guayana und Trinidad-Tobago haben inzwischen Peking besucht. In Guayana ist der Staatspräsident, Arthur Chung, Chinese. Guayana scheint der Hauptangriffspunkt Keng P'iaos gewesen zu sein, denn die ehemalige britische Kolonie betreibt ebenso wie Jamaika eine Innen- und Außenpolitik, die sich stark an das kubanische Vorbild anlehnt. Bis heute läßt Kuba z.B. seine Truppentransporte nach Afrika in Guayana zwischenlanden und auftanken. Offensichtlich hat Keng P'iao versucht, diesen wichtigen Verbindungspunkt nach Afrika zu blockieren. Ob dies allerdings gelungen ist, ist zur Zeit noch nicht abzusehen. Hauptzielrichtung der chinesischen Außenpolitik in der Karibik ist der Versuch, die Staaten zur Bildung eines Staatenblocks zu überreden, der sich gegenüber ausländischer Intervention abschließt. Laut FAZ vom 27. Juli 1978 ist der Vorstoß der Chinesen in die Karibik auf die jüngsten Verhandlungen des Sicherheitsberaters des amerikanischen Präsidenten, Brzezinski, in Peking zurückzuführen.

#### (6) China ermuntert südamerikanische Staaten zur Zusammenarbeit

Nachdem China bereits den Anden-Pakt und das Eintreten mehrerer südamerikanischer Länder für eine atomwaffenfreie Zone in Iberoamerika als Maßnahmen gepriesen hatte, die zur Stärkung der eigenen Kraft und zur Abwehr hegemonialer Bestrebungen der Supermächte führten, applaudiert es jetzt dem von acht südamerikanischen Ländern am 3. Juli 1978 in Brasilia unterzeichneten Vertrag zur Erschließung des Amazonas-Gebietes. Die Unterzeichnerländer, nämlich Brasilien, Venezuela, Kolumbien, Peru, Bolivien, Surinam, Ecuador und Guayana, unternahmen gemeinsame Anstrengungen, um ihre eigenen Naturressourcen zu schützen, die Wasservorräte und die Navigation des Amazonas rationell zu nutzen und die gemeinsame wissenschaftliche Forschung in diesem Bereich voranzutreiben (PRu 1978, Nr. 29, S. 31).

### AFRIKA UND NAHOST

#### (7) Die Zwischenfälle in den beiden jemenitischen Staaten dienen der Sowjetunion

Anfang Juli wurde der Präsident der Jemenitischen Arabischen Republik ermordet, wobei die Demokratische Volksrepublik Jemen die Hand im Spiel hatte. Hinter allem steht nach chinesischer Meinung die Sowjetunion als Drahtzieher. Die Vorfälle bewie-

sen die sowjetische Absicht, Saudiarabien in Schach zu halten und die Ölroute durch das Rote Meer sowie die Straße von Mandab unter Kontrolle zu bringen (PRu 1978, Nr. 27, S. 43).

## ASIEN

### (8) Chinesisch-vietnamesische Konsular-Streitigkeiten

Seit Ende der fünfziger Jahre hatte Vietnam drei Generalkonsulate in Kanton, K'un-ming und Nan-ning errichtet, also in den Hauptstädten jener drei chinesischen Provinzen/provinzgleichen Einheiten, die unmittelbar an Vietnam angrenzen.

1976 wollte China im Gegenzug drei Konsulate auf vietnamesischem Boden errichten, und zwar in Ho-Chi-minh-Stadt, in Da Nang und in der Hafenstadt Haiphong. Es stellte den Antrag im August 1976. Im Dezember des gleichen Jahres lehnte die vietnamesische Seite das chinesische Gesuch für Da Nang ab, stimmte im Prinzip aber der Errichtung chinesischer Missionen in Ho-Chi-minh-Stadt und in Haiphong zu, allerdings mit der Einschränkung, daß der Zeitpunkt für die Errichtung des Generalkonsulats in Ho-Chi-minh-Stadt erst noch mitgeteilt werden solle. Insofern stimmen der chinesische (PRu 1978, Nr. 26, S. 19) und der vietnamesische (Radio Hanoi, FBIS, 28.6.78, K 3) Kommentar überein.

Doch dann gehen die Darstellungen auseinander. Vietnam macht geltend, daß seit damals 18 Monate vergangen seien, ohne daß China eine Mission in Haiphong errichtet hätte. Statt dessen habe es dauernd auf der Errichtung eines Generalkonsulats in Ho-Chi-minh-Stadt bestanden. Im Februar 1978, also kurz vor dem Beginn der sozialistischen Umwandlung der kapitalistischen Industrie und des Handels in Südvietnam, habe China seinen Antrag für Ho-Chi-minh-Stadt wiederholt. Während die vietnamesischen Behörden die Angelegenheit noch überdacht hätten, habe China bereits den für Ho-Chi-minh-Stadt bestimmten chinesischen Generalkonsul nach Hanoi entsandt, und damit ganz klar einen Erpressungsakt vorgenommen. Während China einerseits an Haiphong uninteressiert gewesen sei, habe es sich um so stärker für Ho-Chi-minh-Stadt interessiert, wo eine große Zahl von Hoa (= Auslandschinesen) Kapitalisten mit vietnamesischer Staatsangehörigkeit lebt.

Die chinesische Version sagt demgegenüber aus, daß China auf den Zeitpunkt für die Errichtung des Generalkonsulats in Ho-Chi-minh-Stadt fast ein Jahr geduldig gewartet habe. Im November 1977 habe man Vietnam nochmals an sein Versprechen erinnert. Daraufhin habe Vietnam zugesagt, daß China eine Vorbereitungsgruppe nach Ho-Chi-minh-Stadt entsenden dürfe. Anfang April 1978 sei die chinesische Vorbereitungsgruppe dann in Hanoi eingetroffen. Dies war die Gruppe, unter der sich auch der angebliche künftige Generalkonsul bereits befand, dessen Präsenz Hanoi als einen Akt impliziter Erpressung empfand, zumal das chinesische Außenministerium am 30. Mai 1978 dem vietnamesischen Außenministerium die Ernennungsurkunde des chinesischen Generalkonsuls übergab.

Die Vorbereitungsgruppe mußte dann noch drei Monate lang in Hanoi herumsitzen und wurde in dieser

Zeit sogar vom vietnamesischen Außenministerium aufgefordert, Hanoi zu verlassen und die Heimreise anzutreten.

Erst am 16. Juni erklärte sich Vietnam mit der Eröffnung des Generalkonsulats in Ho-Chi-minh-Stadt einverstanden, vorausgesetzt, es werde erst im vierten Quartal des Jahres 1978 eröffnet.

Noch am 16. Juni entsandte daraufhin das chinesische Außenministerium eine Note nach Hanoi, in der es erklärte, daß die Ernennung des chinesischen Generalkonsuls in Ho-Chi-minh-Stadt zurückgezogen und die Vorbereitungsgruppe ebenfalls nach China zurückbeordert werde. Gleichzeitig wurde die vietnamesische Seite aufgefordert, ihre drei Generalkonsulate auf chinesischem Boden zu schließen.

Was die chinesische der vietnamesischen Seite vorwirft ist, daß sie immer wieder Ausflüchte gesucht und immer wieder prinzipiell zugestimmt, tatsächlich aber dagegen gearbeitet habe. Unter diesen Umständen sah sich die chinesische Regierung gezwungen, die Ernennung Wang Pu-yüns zum Generalkonsul zu annullieren und den Konsul Chou Hui-min sowie seinen Stellvertreter Chung Ching-k'un, die die Errichtung der konsularischen Mission in Ho-Chi-minh-Stadt vorbereiten sollten und sich noch in Hanoi aufhielten, abzuverufen.

Nach dem Streit um die Inseln im Südchinesischen Meer, der Affäre um die in Vietnam ansässigen Auslandschinesen und der gegenseitigen Propagandakampagne ist dies eine weitere schrille Eskalation der bis 1975 noch so verhältnismäßig harmonischen chinesisch-vietnamesischen Beziehungen. Hauptthemen der gegenwärtigen chinesisch-vietnamesischen Propagandakampagnen:

1. Peking wirft Vietnam vor, einen Putschversuch gegen die kambodschanische Regierung unternommen zu haben, der freilich gescheitert ist (PRu 1978, Nr. 27, S. 42). Sihanouk und der ehemalige Ministerpräsident der kambodschanischen Befreiungsfront, Penn Nouth, haben der Führung ihres Landes dafür gedankt, daß sie den Putsch vereitelt habe (Radio Phnom Penh, 27.6.78; FBIS, 28.6.78, H 1 f).

Daneben seien die "vietnamesischen Aggressionstruppen" in der Zeit vom 15. bis 29. Juni erneut in das östliche Gebiet der Provinz Kompong Cham in Ostkambodscha eingedrungen, jedoch zurückgeschlagen worden und hätten dabei 3500 Tote oder Verwundete hinnehmen müssen.

2. Vorwurf an Vietnam, es weigere sich, die vier Verhandlungspunkte der kambodschanischen Regierung vom 15. Mai 1978 zu akzeptieren, die auf folgende vier Sofortmaßnahmen hinauslaufen: a) Einstellung jeder Aggression, b) Einstellung der Entsendung von Spionen sowie jeglichen Subversionsversuchs, c) Verzicht auf den Plan der Gründung einer "Indochinesischen Föderation", d) Respektierung der Souveränität Kambodschas nach den fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz.

3. Vorwurf, Vietnam sei gegenüber Kambodscha in der Grenzfrage wortbrüchig geworden. 1966 bereits hätten sich die damalige Befreiungsfront von Südvietnam und die königliche kambodschanische Regierung darauf geeinigt, daß der Status quo an der Grenze erhalten bleiben solle. Diese am 31. Mai 1967 veröffentlichte Abmachung wurde am 8. Juni 1967 durch Hanoi bekräftigt.

Ungeachtet dieser Abmachungen habe Vietnam jedoch bereits 1975 die kambodschanische Insel Wei

besetzt und sei seitdem immer wieder über die Grenzen nach Kambodscha eingedrungen. 1976 hätten die Vietnamesen sodann bekanntgegeben, sie fühlten sich an die Vereinbarung von 1966 nicht mehr gebunden, da sie in der Notzeit des Kampfes gegen die US-Truppen abgegeben worden sei. Gleichzeitig habe Vietnam neue Grenzlinien gezogen, sei militärisch nach Kambodscha eingefallen und habe sich "auch subversiv betätigt, um die revolutionäre Macht Kambodschas von innen und von außen her zu stürzen. In letzter Zeit riefen sie im Namen kambodschanischer Gefangener in ihrem Zentralorgan und in ihrem Rundfunk offen dazu auf, 'Stützpunktgebiete' in Kambodscha zu errichten und die legitime Regierung Kambodschas zu stürzen" (PRu 1978, Nr 29, S. 6). China sei aufgrund des proletarischen Internationalismus nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet, alle gerechten Abwehrkämpfe gegen ausländische Aggressionen zu unterstützen. China habe seinerzeit den Vietnamesen gegen den US-Imperialismus geholfen und es lasse sich nunmehr auch die Unterstützung für das angegriffene Kambodscha nicht nehmen. Wenn Vietnam in Kambodscha einige militärische Niederlagen habe hinnehmen müssen, so sei dies nicht auf die Qualität der von China gelieferten Waffen zurückzuführen, sondern auf die ganz einfache Tatsache, daß Vietnam einen ungerechten Aggressionskrieg führe und dabei auf den "heroischen Widerstand" des kambodschanischen Volkes stoße. Der entscheidende Faktor für den Ausgang eines Krieges seien ja nicht Waffen, sondern der Charakter des Kriegs und die Haltung der Menschen.

Anschließend wirft der Artikel den Vietnamesen vor, sie erstrebten die "Vorherrschaft in Südostasien", und zwar in zwei Schritten: die erste Etappe solle zur Errichtung einer "Indochinesischen Föderation" unter Leitung Vietnams hinführen. In einem zweiten Schritt wolle Vietnam sodann die ASEAN-Gruppe in seinem Sinne umwandeln. Sie solle durch eine sogenannte "Organisation für südostasiatische regionale Zusammenarbeit" ersetzt werden, die "große Ähnlichkeit mit dem von den sowjetischen Sozialimperialisten propagierten 'System der kollektiven Sicherheit in Asien' aufweist."

Es sei klar, daß hinter all diesen Manövern als Drahtzieher die Sowjetunion sitze. Kuba sei ein anschauliches Beispiel für die Taktik der Sowjets, andere in den Plan ihrer Hegemoniebestrebungen einzubauen (JMJP, 12.7.78).

(9) **Protest gegen das "japanisch-südkoreanische Abkommen über die gemeinsame Erschließung des Festlandssockels"**

Das am 26. Juni 1978 geschlossene Abkommen verletze die Souveränität Chinas, erklärte das chinesische Außenministerium noch am Tag der Unterzeichnung. Hinter dem Rücken Chinas hätten die beiden Unterzeichnerländer eine "gemeinsame Erschließungszone" im Festlandssockel des Ostchinesischen Meeres festgelegt. Das chinesische Außenministerium habe schon am 4. Februar 1974 und dann erneut am 13. Juni 1977 ausdrücklich darauf hingewiesen, daß nach dem Festlandssockelprinzip die Volksrepublik China allein und ausschließlich die Souveränität über das Ostchinesische Meer besitze; denn der Festlandssockel sei nichts anderes als die natürliche Fortsetzung des Kontinents. Irgendwelche Aufteilungsfragen seien auf dem Wege von Konsulta-

tionen unter Einbeziehung Chinas zu lösen (JMJP, 26.6.78).

## INNENPOLITIK

(10) **Der von Mao ausgeschaltete Kommune-Gegner Marschall Peng Te-huai wird rehabilitiert**

Die Umorientierung der neuen Führung hat nun auch die Politik der Volkskommunen und des Großen Sprunges voll erfaßt. Zeitschriften und Zeitungen für Auslandschinesen (z.B. "Europäische Nachrichten", 10.8.78) veröffentlichten einen Aufruf vom 6.10.1958 des früheren Verteidigungsministers Peng, wobei er mit diesem Amtstitel benannt wurde. Diese Veröffentlichung kommt, nach Pekinger Gepflogenheiten, der Rehabilitierung nach zwanzig Jahren gleich. Der Artikel war seinerzeit in der Volkszeitung vom 6.10.58 abgedruckt worden. Es handelt sich um einen Aufruf an Taiwan und seine politischen Behörden, die Gemeinsamkeiten des Standpunktes zur Taiwanfrage zu sehen und in Verhandlungen einzutreten. Peng Te-huai hatte sich seinerzeit gegen die überstürzte Einführung der Kommunen gewendet und war auf dem berühmten Lushan-Plenum Mitte 1959 dafür von Mao ausgeschaltet worden. Die Form der Rehabilitierung ist ein geschickter Schachzug, weil eine Erläuterung der Redakteure festhält, der Artikel sei eigentlich vom Parteichef Mao selbst geschrieben und nur im Namen des Verteidigungsministers veröffentlicht worden. Damit ist nach der kritischen Betrachtung und Umwertung der jüngsten Kampagnen der Vierergruppe aus Shanghai, nach der Umwertung der Kulturrevolution nun auch die Politik des Großen Sprunges einer Umwertung unterworfen worden. Generell gesprochen sind alle großen Massenkampagnen nach 1957 damit in Mißkredit geraten.

(11) **Zur These von den verstärkten Spannungen zwischen Teng Hsiao-p'ing und dem Parteivorsitzenden Hua Kuo-feng**

Aufgrund von regierungsnahen Analysen von Chinaspezialisten in Hong Kong vertritt David Bonavia (FEER, 11.8.78) die Meinung, in der letzten Zeit seien die Spannungen zwischen Teng und Hua so groß geworden, daß man mit einem offenen Bruch und Konsequenzen im Politbüro rechnen müsse. Teng greife immer offener nach der Macht, was einer Aufgabe seiner Position als Graue Eminenz gleichkomme. Solche Spannungen, die man immer noch als "nicht-destruktiv" bezeichnen darf, werden allerdings auch von anderer Seite bestätigt. So sollen die Spannungen zwischen den zwei Parteiführern (SWB, 22.7.78) sich besonders an der einzuschlagenden Politik gegenüber Vietnam verschärft haben. Teng sei bereits im März für den Abbruch der Wirtschaftshilfe für Vietnam eingetreten, während Hua sich aus Gründen des immer beschworenen Internationalismus dem entgegengestellt habe. Teng habe auch auf mehr militärische Bereitschaft gegenüber Vietnam gedrungen.

Führende Vertreter der Stadt Peking sind in der offiziellen chinesischen Presse offen kritisiert worden